Klassenkampf und Reformpolitik

Die **SP Kanton Bern** legt an ihrem 100. Geburtstag eine Festschrift zu ihrer Geschichte vor

Von der Gründung als Grütliverein bis zum aktuellen Reformplädoyer – die Festschrift zur Geschichte der Berner SP blickt nicht nur zurück.

WERNER SEITZ

Aus einem frühen Kapitel sozialdemokratischer Geschichte: **1.-Mai-Feier in Thun,** 1926. ZVG

Der 1. Mai 1905 gilt offiziell als Gründungsdatum der SP des Kantons Bern. An diesem Tag traten die neuen Statuten des Kantonalverbandes Bernischer Grütli- und Arbeitervereine in Kraft, welcher zuvor der Schweizer SP beigetreten war. Die Gründungsphase wird in der SP-Festschrift denn auch recht ausführlich beschrieben. Robert Aemmer skizziert die vielfältigen Ansätze für eine Arbeiterbewegung im Kanton Bern und zeigt auf, dass die neu gegründete SP nicht homogen war, sondern in eine sozialpolitische, pragmatische und in eine marxistische Richtung zerfiel. Im Jura dominierten zudem anarchistische und syndikalistische Strömungen. In den ersten Jahren erfuhr die Kantonalpartei beträchtlichen Zulauf, und zwar in Städten und Agglomerationen wie auch auf dem Land.

Flirt mit den Jungbauern

Die für die SP wichtige Phase des Eintritts in die Kantonsregierung behandelt Adrian Zimmermann. War die SP auf kommunaler Ebene schon längere Zeit an den Exekutiven beteiligt, so dauerte es auf der kantonalen Ebene etwas länger, obwohl der Kanton Bern seit dem frühen 19. Jahrhundert die Machtteilung zwischen Konservativen und Radikalen praktizierte. In den 1930er-Jahren spekulierte die SP vorerst darauf, mit einer gemeinsamen Liste mit den Jungbauern eine Mitte-links-Regierung anzupeilen. Der Flirt mit den Jungbauern führte jedoch nicht zu einer gemeinsamen Wahlliste, und die SP begnügte sich 1938 mit den zwei Sitzen in der Kantonsregierung, welche ihr die FDP und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die heutige SVP, zugestanden.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg spielte die SP die Rolle des Koalitionspartners, der mit den Bürgerlichen die Ziele der Wohlstandsmehrung und des Wirtschaftswachstums teilte. Leyla Gül zeigt in ihrem Aufsatz auf, wie die SP in den Siebzigerjahren mit den Forderungen der 68er-Parteien und der Grünen konfrontiert wurde und wie sie unter dem Einfluss der Neuen Sozialen Bewegungen und des gesellschaftlichen Strukturveränderungsprozesses, der diesen zugrunde lag, von der Arbeiterpartei zu einer gesellschaftskritischen Partei mutierte.

Froschperspektive

Gül illustriert diesen Prozess anhand der Auseinandersetzung der Berner SP mit der Atomenergie und gibt dabei einen guten Überblick über die energiepolitischen Diskussionen im Kanton Bern. Da dieser Prozess von aussen angestossen wurde, fällt die Froschperspektive, die fast alle Beiträge der Festschrift durchzieht, besonders auf. Einflüsse von aussen und Wechselwirkungen zu Bewegungen und Parteien ausserhalb der SP werden nur angedeutet, dann aber richtet sich der Blick sofort wieder auf die Mutterpartei. Ähnliches liesse sich auch für den Aufsatz von Nicole Gysin sagen, die einen interessanten Überblick über die Geschichte der Frauen in der SP gibt. Der Einfluss der neuen Frauenbewegung der Siebzigerjahre wird ausgeblendet, der Fokus richtet sich auf die internen Diskussionen der SP-Frauen.

Wurden die meisten Beiträge aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft geschrieben, so äussert sich Rudolf Strahm als engagierter Politiker. Er kritisiert die bürgerlichen Parteien heftig und macht sie für den wirtschaftlichen «Niedergang» des Kantons Bern verantwortlich; die SP dagegen sei «machtlos in der Macht gefangen» gewesen. Strahm skizziert in seinem Beitrag seine Leitplanken für eine zukünftige sozialdemokratische Politik, Postulate, die er vor einem Jahrzehnt schon formuliert hatte und die seinerzeit auch ins «Gurten-Manifest» Eingang gefunden haben. Dabei kann es sich Strahm nicht verkneifen, den «Linksradikalen» in SP und Gewerkschaften gehörig an den Karren zu fahren. Sie stellen für ihn die «tödlichste Gefahr» der Regierungsfähigkeit der Reformlinken dar. Strahms Beitrag hätte mehr Gewicht für die SP-Strategiediskussion erhalten, wenn ihm ein Aufsatz aus der Küche der «linksradikalen» SP-Vertreter zur Seite gestellt worden wäre.

Grimm und Böhlen

Zwei unterschiedliche Porträts von herausragenden Persönlichkeiten runden den Einblick in die SP-Geschichte ab: Bernard Degen porträtiert Robert Grimm, der die linke Politik in Bern und in der Schweiz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts massgebend geprägt hat. Sein Aufsatz ist auch ein interessanter Streifzug durch die linke Politik des 20. Jahrhunderts. Ganz anders das Porträt von Marie Böhlen, das Liselotte Lüscher zeichnet. Sie nähert sich der Aktivistin fürs Frauenstimmrecht, der Strafrechtlerin und ersten Berner Stadträtin behutsam und stellt die Individualität von Marie Böhlen ins Zentrum ihrer Ausführungen.

[i] **SP KANTON BERN (HG.),** «Klassenkampf(rhetorik) und Reformpolitik». Bern 2005. 288 Seiten, 30 Franken.

WERNER SEITZ ist Politologe und leitet am Bundesamt für Statistik die Sektion Politik, Kultur, Medien. Er hat mehrere Studien über die Schweizer Parteienlandschaft verfasst.

Ein Stadt-Land-Graben

Die Politologen Andreas Ladner und Urs Meuli stellen in ihrer Untersuchung über die SP des Kantons Bern einen ideologischen Graben fest, der die SP in den Städten von der SP in den ländlichen Gemeinden trennt: In den Städten politisiert die SP klar am linken Rand, während sie in den kleinen Landgemeinden eine pragmatische, gemässigte Linie verfolgt. Dieser Graben wird noch dadurch verstärkt, dass die Politik der SP auf kantonaler Ebene stark nach links gerutscht ist. In Anbetracht der wichtigen Rolle, welche die SP auf dem Land spielt, kann diese politische Zweiteilung der SP nicht gleichgültig sein. Auch eine zweite Feststellung dürfte die Feierlichkeiten der SP etwas trüben: Die Verluste bei den Mitgliedern, den Aktiven und den Anhängern sind bei der Berner SP grösser als im gesamtschweizerischen Durchschnitt; die Autoren finden die Einbussen «besorgniserregend». Weitaus am stärksten sind diese Verluste in den Städten ausgefallen, wo die Bindungskraft der SP kaum mehr über den engeren Kreis hinausstrahlt. Dieser Befund wird noch verschärft durch das Faktum, dass – erneut vor allem in den Städten – ein gravierendes Nachwuchsproblem besteht. (W.S.)

Gewaltdiskussion im Kino

THUN Die 13. Thuner Psychiatriegespräche drehen sich um das Thema «Häusliche Gewalt». Im Rahmen dieser Psychiatriegespräche führen die Psychiatrischen Dienste Thun eine sonntägliche Filmmatinee durch mit anschliessendem Podiumsgespräch. Im gezeigten Film «Te doy mis ojos» von Iciar Bollain muss eine Ehefrau die Aggressionen ihres Ehemannes mehrmals über sich ergehen lassen, bis sie beschliesst auszuziehen. Obschon der Mann verspricht, sich zu ändern, bleibt die Frau nicht bei ihm und beginnt ein neues Leben, was ihrem Mann wiederum nicht gefällt. Im Anschluss an den Film diskutieren die Fachleute Ruth Greber (ehemalige Leiterin des Frauenhauses Thun) und Martin Boss (Psychologe und Ko-Leiter einer Männergruppe) mit dem Publikum zum Thema «Häusliche Gewalt». Moderiert wird der Anlass von Hugo Laager, leitender Sozialarbeiter Psychiatrische Dienste Thun. (gum)

Hinter die Kulissen blicken

STEFFISBURG Nach zehn Jahren im neuen Gemeindehaus öffnet die Gemeindeverwaltung Steffisburg heute Samstag von 9 bis 16 Uhr ihre Türen. Anstoss zu diesem Tag der offenen Tür gab nicht zuletzt ein Vorstoss der SP-Fraktion im Steffisburger Parlament. Die SP hatte den Gemeinderat im Jahr 1999 aufgefordert, den Bürgerinnen und Bürgern von Steffisburg Einblick in die Verwaltung zu gewähren. Denn die Bürger, so schrieb die SP damals, «erleben Sachgeschäfte als sehr kompliziert, und die von den Abteilungen kommunizierten Geschäfte werden nur teilweise verstanden». Am Samstag soll dies sich nun ändern: Jede Abteilung der Gemeindeverwaltung stellt mindestens ein Projekt aus einem ihrer Tätigkeitsgebiete vor. So erhält man zum Beispiel Einblick, wie die Steuern auf der Gemeinde erfasst werden, wie ein Baubewilligungsverfahren abläuft, wie ein Existenzminimum berechnet wird oder wie die Einteilungspläne für Schule und Kindergarten aussehen und zustande kommen. Die Exekutivmitglieder von Steffisburg werden ebenso anwesend sein wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung. (gum)

KURZ

Junge SVP empfiehlt Ja
PARTNERSCHAFTSGESETZ Die Junge SVP des Kantons Bern sagt Ja zum Gesetz für eingetragene Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare, heisst es in einer Mitteilung der Partei. Der Vorstand der SVP Kanton Bern hatte zum Partnerschaftsgesetz bereits die Ja-Parole beschlossen und sich damit gegen die Position der SVP Schweiz gestellt. (sda)

Ausgelaufene Gülle verursachte Fischsterben
THÖRIGEN Im Dorfbach in Thörigen ist am Donnerstag praktisch der gesamte Fischbestand – mehrere Hundert Bachforellen – verendet. Wie die Kantonspolizei mitteilte, war ausgelaufene Gülle der Grund für das Fischsterben. (pkb)

Neues Wasserkraftwerk
KANDERSTEG Am Alpbach in Kandersteg soll gemäss Plänen der BKW und der Licht und Wasserkraftwerk AG (LKW) Kandersteg für 8,5 Millionen Franken ein neues Wasserkraftwerk entstehen. Bis Ende Jahr soll der Konzessionsantrag gestellt werden, wie es in einer Mitteilung der BKW von gestern heisst. Das neue Werk soll mit rund 1,7 Megawatt jährlich 10 Gigawattstunden Strom produzieren. (sda)

Bhend: «Keine Sparübung»

BEHINDERTE Die Befürchtungen der Behindertenorganisationen wegen des neuen Finanzausgleichs bewahrheiten sich im Kanton Bern voraussichtlich nicht: Es werde keine Sparübung im Behindertenbereich geben, sagte Samuel Bhend, Gesundheits- und Fürsorgedirektor, gestern an einer Informationsveranstaltung.

Die Schweizer Stimmberechtigten haben im November 2004 die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) klar befürwortet. Behindertenorganisationen hatten im Vorfeld der Abstimmung wegen des Übergangs des Behindertenwesens vom Bund an die Kantone vor einem finanziellen Aderlass gewarnt. Bhend gibt jetzt Entwarnung: Es werde gelingen, die neue Aufgabenteilung sinnvoll umzusetzen, «so dass die Befürchtungen nicht wahr werden», sagte er. (sda)

Täfeli für den Volksvorschlag

Das Referendumskomitee lanciert seine Abstimmungskampagne zum neuen **Spitalversorgungsgesetz**

Die Schachtel sieht aus wie eine gewöhnliche Medikamentenverpackung. «Wirkt gegen die Privatisierung» steht darauf. Und: «Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage.» Im Innern sind zwei Bonbons und ein gefalteter Zettel zu finden, auf dem das Komitee «Ja zum Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler» seine Empfehlung für die Abstimmung vom 5. Juni begründet. Am 12. und 13. Mai werden solche Schachteln an den Bahnhöfen zahlreicher Spitalstandortgemeinden an die Passanten verteilt. Die Aktion bildet das Herzstück der «lustvollen, aber ernsthaften» Abstimmungskampagne, die Vertreterinnen der Personalverbände gestern den Medien vorstellten.

ABSTIMMUNG VOM 5. JUNI

Spitalversorgungsgesetz
www.eBund.ch

Zwei umstrittene Punkte

Zwei Punkte sind es, die das Komitee am grossrätlichen Entwurf des neuen Spitalversorgungsgesetzes stören und die es zum konstruktiven Referendum bewogen haben: Einerseits wird ermöglicht, dass Regionale Spitalzentren künftig von mehrheitlich privaten Trägerschaften betrieben werden. Andererseits sollen sich die Arbeitsbedingungen des Personals nicht am Gesamtarbeitsvertrag (GAV), sondern lediglich am «Orts- und Berufsüblichen» orientieren.

Sollte diese Version in der Abstimmung obsiegen, so drohten die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Personal und die «schleichende Privatisierung der Spitäler», sagte Bettina Dauwalder vom Verband des Personals öffentlicher Dienste. Als Folge seien die Konzentration der Leistungen in den Städten und die Förderung der «Zweiklassenmedizin» zu befürchten: Die Privaten pickten sich die rentablen Bereiche heraus, während weniger lukrative Leistungen bei der öffentlichen Hand verblieben. Die Spitalversorgung sei aber eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und dürfe nicht privatisiert werden – trage der Kanton doch weiterhin die finanzielle Verantwortung dafür.

Letztlich triffts die Patienten

Unter der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hätten letztlich auch die Patienten zu leiden, fügte die langjährige Pflegefachfrau Regula Brassel hinzu. «Die Fachkräfte wandern in die Zentren ab, die Regionalspitäler finden nicht mehr genügend Personal, wegen der Mehrarbeit sinkt die Motivation und damit auch die Qualität der Pflege.» Das Gegenmittel sei die Ausrichtung der Arbeitsbedingungen am GAV, wie sie der Volksvorschlag verlangt. Damit werde kein einziges Spital gezwungen, den GAV zu unterzeichnen. «Wir wollen einzig, dass er als Leitplanke gilt», sagte Dauwalder.

Gast und Arbeitgebervertreter Beat Reber, Personalchef der Spital Thun-Simmental AG, führte aus, seine Spitalgruppe habe gute Erfahrungen mit dem GAV gemacht und werde sich weiterhin daran halten. Wichtiger als die Frage «Grossratsvariante oder Volksvorschlag» sei aber aus seiner Sicht, dass das neue Gesetz nicht am doppelten Nein scheitere. (bwb)